

Laibacher Zeitung



Pränumerationspreis: Mit Postversendung: ganzjährig 30 K., halbjährig 15 K. Im Kontor: ganzjährig 22 K., halbjährig 11 K. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig 2 K. — Inzerationsgebühr: für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 50 h, größere per Zeile 12 h; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 8 h.

Telephon-Nr. der Redaktion 52.

Amflicher Teil.

Nach dem Amtsblatte zur „Wiener Zeitung“ vom 15. Jänner 1909 (Nr. 11) wurde die Weiterverbreitung folgender Prezergebnisse verboten:

- Nr. 3 „Selské Listy“ vom 5. Jänner 1909.
- Nr. 2 „Obrana Slovácka“ vom 9. Jänner 1909.
- Nr. 1 „Slovenski Narod“ vom 2. Jänner 1909.
- Nr. 1 „Státní Zřizovatel“ vom 10. Jänner 1909.
- Nr. 8 „Národní Listy“ (Večerní vydání) vom 8. Jänner 1909.
- Nr. 1 „Český Uředník“ vom 9. Jänner 1909.
- Nr. 1 „Zenské Snahy“ vom 8. Jänner 1909.
- Nr. 1 „Jitfenka“ vom 7. Jänner 1909.
- Nr. 7 „Národní Listy“ (Večerní vydání) vom 7. Jänner 1909.
- Nr. 1 „Polaban“ vom 5. Jänner 1909.

V. Verzeichnis

über die beim k. k. Landespräsidium in Laibach zu Gunsten der Abbrandler in Grad bei Veselje eingelangten Spenden, u. zw.:

Sammlungsergebnis der Pfarrämter: St. Michael 12 K 4 h, Raichau 6 K, Treffen 54 K, Waltendorf 12 K 34 h, Ambrus 6 K, Hönigstein 11 K 70 h, St. Lorenz 15 K, Unter-Warmberg 9 K 35 h, Selo bei Schönberg 2 K 8 h, Pinnach 6 K, Neubegg 11 K, Ebental 11 K 26 h, zusammen 156 K 77 h. Hierzu die Spenden aus den früheren Verzeichnissen per 2207 K 15 h, im ganzen 2363 K 92 h.

Nichtamflicher Teil.

Die Balkanpolitik.

Die Behauptung eines bulgarischen Blattes, daß das Sofianer Kabinett in Angelegenheit der abermaligen Entsendung des Ministers Ljapčev nach Konstantinopel den Rat der österreichisch-ungarischen Regierung eingeholt habe, wird, wie man aus Sofia schreibt, von dem offiziellen Organ „Breme“ aufs schärfste zurückgewiesen. Die etwaige neuerliche Reise Ljapčevs nach Konstantinopel werde die Folge der für die Türkei und Bulgarien bestehenden Notwendigkeit einer Verständigung sein. Diese Verständigung sei ein Wunsch aller Mächte. Die Nachricht, daß die bulgarische Regierung sich in dieser Sache nur an Österreich-Ungarn

gewendet habe, sei eine Intrige des ersterwähnten ruffophilen Blattes. Damit diene man aber durchaus nicht der wahren Liebe zu Rußland und dem Slaventum. — Auf die Skupstinarede des serbischen Ministers des Außern, Herrn Milovanović, zurückkommend, führt die „Večerna Pošta“ aus, daß für die Erlangung der Autonomie Bosniens und der Hercegovina ein Krieg notwendig wäre. Herr Milovanović selbst habe aber hervorgehoben, daß nach seiner Überzeugung Europa in keinem Falle einen Krieg wünsche. Das Blatt fragt nun, ob die Serben so naiv sein können, zu glauben, daß die Konferenz beschließen werde, Serbien durch Ausführung der von der Skupstina gefaßten Resolution zu befriedigen.

Die „Indépendance Roumaine“ gibt, wie aus Bukarest geschrieben wird, der Überzeugung Ausdruck, daß die orientalische Krise durch das Einvernehmen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei viel an Schärfe verliert, und erwartet, daß Bulgarien sich beeilen werde, das Beispiel Österreich-Ungarns nachzuahmen. Nunmehr werde auch der europäische Kreopag wieder regsjamer werden. Unter allen Umständen sei aber schon die Verständigung zwischen Wien und Konstantinopel eine wertvolle Kräftigung der Friedensausichten.

Die türkisch-bulgarischen Verhandlungen.

Die in den Beziehungen Österreich-Ungarns und der Türkei eingetretene erfreuliche Wendung flößt in den politischen Kreisen Bulgariens, wie aus Sofia berichtet wird, lebhafteste Befriedigung ein. Man glaubt nunmehr hoffen zu dürfen, daß die türkische Diplomatie nicht auf halbem Wege werde stehen bleiben wollen, sondern daß sie größeren Wert, als sie bisher befundete, auf eine beschleunigte Verständigung auch mit Bulgarien legen wird, um durch eine solche das Werk zu krönen und der inneren türkischen Reformarbeit völlig freie Bahn zu schaffen. Unerläßlich zu diesem Zwecke erscheint

allerdings ein Verzicht der Türkei auf jenen Teil ihrer Ansprüche, den sie Bulgarien nur mit Waffengewalt aufzuerlegen vermöchte und den sie, der allgemeinen Überzeugung nach, nur aus rein verhandlungstechnischen Gründen noch aufrecht hält, das ist: auf den bulgarischen Tribut und auf Übernahme eines Teiles der ottomanischen Staatsschuld durch Bulgarien. Solange dem bulgarischen Totalangebot von 82 Millionen Franken ein türkischer Gegenanspruch von 572 Millionen gegenübersteht, ist auf eine Verständigung schlechterdings nicht zu rechnen und insolange wäre eine neue Fahrt des Handelsministers Ljapčev nach Konstantinopel, zu der man im Prinzip auf bulgarischer Seite gern bereit ist, von vorneherein aussichtslos. Andererseits jetzt man bulgarischerseits dem Argumente, daß das Beispiel Österreich-Ungarns wohl auch gewisse Konsequenzen in bezug auf Entgegenkommen seitens Bulgariens haben dürfte, keinen Widerspruch entgegen. Die Hoffnung auf eine Verständigung wäre also nicht unbegründet, sobald einmal die Bforte Ansprüche aufzugeben sich entschließt, die für Bulgarien unmöglich sind und die auch keine der Großmächte ernst nimmt, selbst die der Türkei bestgenntesten nicht. Wenn aber in der europäischen Presse Analogien gezogen werden zwischen den Wakuftgütern in Bosnien-Hercegovina und denjenigen in Nord- und Südbulgarien, beruhen sie auf Unkenntnis der Verhältnisse. Die bulgarischen Wakufts, die nur zum geringen Teile aus Territorien bestehen, sind insgesamt fromme Stiftungen, die bestimmten Pietätswzwecken, wie Erhaltung von Moscheen, öffentlichen Brunnen usw. gewidmet sind, und deren Ertrag auch ausschließlich für diese Stiftungszwecke verwendet wird. Der bulgarische Staat als solcher zieht keinerlei direkten Vorteil aus den Wakufts, die sich einer autonomen Verwaltung durch die muslimanischen Gemeinden erfreuen, und komme kein Groschen ihrer Einkünfte dem bulgarischen Budget zustatten. Dem bulgarischen Staate läßt sich also sicherlich nicht ansinnen, daß er etwas ablöse,

Feuilleton.

Ihr Begleiter.

Eine lustige Radlergeschichte von A. Becker.

(Nachdruck verboten.)

Rösschen war doch das niedlichste Mädchen, das er kannte. Mit ihrem Blondhaar und ihren schwarzen Augen, den Grübchen in den Wangen und dem lachenden Ruzmunde war sie die appetitlichste kleine Kofette, die man erdenken konnte. Nun, da sie auf seine Veranlassung das Radsfahren erlernte, hatte sie sich ein blaues Radsfahrkostüm mit einem Käppchen in gleicher Farbe angeschafft, das ihn rein närrisch machte. Sie hatte auch ihren Vorteil wahrgenommen und versäumte keine Lektion auf der Radsfahrbahn, um die neue Kunst nur recht bald zu erlernen und sich ihrem Fritz möglichst oft in dem verführerischen Kostüm zeigen zu können. Er beglückwünschte sich, eine so hübsche Braut zu haben, und zählte die Tage, die sich bis zum Hochzeitsfest dehnten.

Während er die Akten in seinem Ministerialbureau erledigte, gaukelte immer ihr Bild vor seinen Augen, und schließlich ertappte er sich dabei, wie er ihr Porträt in dem neuen Kostüm mit gewandter Hand auf einen großen Bogen weißes Papier gezeichnet hatte.

„Ach, wer ist diese reizende Dame hoch zu Rade?“ fragte plötzlich eine männliche Stimme neben ihm.

„Das ist meine Braut“, sagte Fritz lächelnd und nicht ohne einen gewissen Stolz zu dem Kol-

legen von Rotenhaus, der seine Zeichenkünste belauscht hatte.

„Gratuliere, gratuliere!“ sagte von Rotenhaus. „Ihre Braut ist sehr schmucl, sehr schmucl! Bitte mich dem Fräulein unbekannterweise zu empfehlen! . . . Auch ich hatte einmal eine Braut hoch zu Rade —“

„Sie hatten —“
„Ja. War auch sehr schmucl. Aber ist weggeradelt — fort — futsch!“

„Wie soll ich das verstehen?“

„Sehr einfach. Sie lernte radsfahren. Auf der Fahrbahn lernte sie einen jungen Mann kennen, der sich die gleiche Wissenschaft zu eigen machte. Sie lernten zusammen, machten zusammen die ersten Ausflüge, und so eroberte sie mir der Bicycle-Jüngling vor der Nase weg, ohne daß ich eine Ahnung davon hatte. Die Verlobung mit mir wurde gelöst, und heute sind die beiden schon längst Mann und Frau. Alltägliche Geschichte. Nur unangenehm. Nämlich für den, der das Nachsehen hat. Bin aber nicht frei von Schuld. Hätte besser aufpassen müssen. Na, halb und halb ist es ja schon überwunden. . . Wünsche treuere Geliebte, Herr Kollege! . . . 'n Morgen!“

Der Kollege ging, aber er hatte einen Feuerbrand in Fritzens Herz geschleudert. Hatte er nicht selbst sogar an gewisse Gefahren auf der Radsfahrbahn gedacht? Wäre es ein Wunder, wenn sich einer in dieses Mädchen in diesem Kostüm verliebte? Wenn der Verliebte sie umwarb, bestürmte? Rose war ihm zwar treu und zärtlich zugetan. Er hatte hundert Beweise dafür. Wie aber, wenn sie doch umstrickt, betört, verwirrt würde? Wenn sich einer

fand, der ihn an körperlichen Vorzügen übertraf? So wie er, konnte sie wohl keiner lieben. Aber was nützte das?! . . . Der Verdacht hatte nun einmal in seiner Seele Wurzel gefaßt. Unruhe und Eifersucht erfüllten ihn, und er fühlte sich unfähig, seine Arbeiten fortzusetzen.

Er schückte ein Unwohlsein vor und entfernte sich aus seinem Amte. Dann eilte er nach Hause, holte sein Bicycle und flog in Sturmeseilie zur Radsfahrbahn.

Aber, o Tücke! Gerade, als er bei einem Tor der mauerumschlossenen Bahn einfuhr, sieht er Rösschens flatternden blauen Rock durch das gegenüberliegende zweite Tor hinaussegeln. Und ein anderer radelte an ihrer Seite. Ein langer, dürrer Geselle in grauem Dref. Ihm war, als drehte sich die ganze Fahrbahn um ihn. Aber eher wäre er hier, auf dem Versuchsfelde aller Grünlinge, zum Gespött aller Anfänger, der ganzen Länge nach hingestürzt, als daß er durch eigene Schuld eine Minute versäumt hätte. So rasch er konnte, ohne mit einem der vielen hier versammelten, unzulänglich gelenkten Räder zusammenzustößen, durchquerte er die Bahn und flog spähenden Auges durch das zweite Tor. Wichtig, da waren sie! Sie hatten zwar einen weiten Vorsprung auf der Straße, die ins Wäldchen führte, aber er hoffte sie doch einzuholen oder, wenn sie in so rasendem Tempo weiterradelten, wenigstens im Auge behalten zu können!

So flog er denn, so rasch er konnte, auf der Straße dahin. Aber die beiden, das merkte er bald, konnte er nicht erreichen. Wahrlich, Rose hatte schöne Fortschritte im Fahren gemacht! Mit Windeseile stürmten sie dahin. Nichts verriet ihre An-

was er nicht besitzt und was ihm nichts trägt. Von vier kleineren Differenzen (Leuchttürme, Postverrechnungsrückstände usw.) abgesehen, deren Regelung zweifellos ist, harren einer Einigung folgende Angelegenheiten: die Kapitalisierung der Zahlungen für Ostrumelken, die Ablösung des Betriebsrechtes der Betriebsgesellschaft der Orientbahnen und des Eigentumsrechtes der Türkei in Rücksicht der ostrumelkenischen Bahnen und der Ankauf des türkischen Eigentumsrechtes auf die Linie Bakarell-Belova durch Bulgarien. Nur über diese Punkte könnte Handelsminister Ljapčev auch pro futuro in Konstantinopel verhandeln und auch über sie nur dann, wenn durch Ermäßigung der Ansprüche der Gegenseite das Ziel der Einigung zuvor erreichbar gemacht worden wäre. Die Dispositionen auf bulgarischer Seite sind der wünschenswerten Verständigung entschieden günstig.

Politische Uebersicht.

Laibach, 16. Jänner.

In einer Besprechung des vom Großwesir **Kiamil Pascha** gehaltenen **Exposés** bemerkt das „Fremdenblatt“, daß in den der auswärtigen Politik gewidmeten Stellen der türkische Standpunkt mit großer Entschiedenheit betont wurde. Sie und da sei diese Betonung vielleicht sogar zu stark ausgefallen. Dies gilt insbesondere von der Darstellung der bosnischen und der bulgarischen Frage, wobei an der Legende eines geheimen Einvernehmens zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien festgehalten wird. Es ist aber wohl zu beachten, daß gerade der Bosnien und die Hercegovina behandelte **Passus** des **Exposés** bereits vor der letzten, durch das österreichisch-ungarische Angebot hervorgerufenen Wendung abgefaßt und offensichtlich nach eingetretener Wendung durch stilistische Retouches den neuen Verhältnissen angepaßt wurde. Der Grundgedanke des **Exposés** liege jedoch darin, daß die Türkei die schwebenden Fragen auf friedlichem Wege lösen und auf Grundlage der österreichisch-ungarischen Vorschläge das Einvernehmen mit Österreich-Ungarn herstellen wolle. Die türkische Kammer gab zu erkennen, daß sie den hohen Wert eines Einvernehmens zwischen den beiden Staaten vollumfänglich würdigt und hat sich damit auf den seitens Österreich-Ungarns vom Anfang ins Auge gefaßten natürlichen Weg begeben, auf welchem die gemeinsamen Interessen der beiden Staaten ihre Befriedigung finden müssen. Das **Exposé** **Kiamil Paschas** und die Haltung der türkischen Kammer zeigen, daß die konsequente Freundschaft, die den Grundton in unserem Verhältnis zur jungen Türkei angibt, von dieser gewürdigt wird und daß die türkischen Staatsmänner und Politiker, soweit es von ihnen abhängt, dazu beizutragen wünschen, daß in Europa ein Zustand ehrenvollen Friedens auf allen Seiten wieder erreicht werde.

Eine Meldung aus Konstantinopel betont, daß die Bezifferung des von **Österreich-Ungarn** an die

Türkei zu leistenden **Ersatzes** für die türkischen Staatsgüter in Bosnien und in der Hercegovina mit zweieinhalb Millionen türkischen Pfunden nicht zu den Gegenständen gehört, die noch einer Auseinandersetzung zwischen dem österreichisch-ungarischen Botschafter und dem Großwesir bedürfen. Der erwähnte Betrag ist seitens der Pforte bereits in endgültiger Weise angenommen worden.

Der **englische Handelsminister Churchill** hielt in Leicester eine Rede, in der er die **Balkanfrage** erörterte. Er sagte, während der letzten Tage sei eine fühlbare und merkbare Besserung in der europäischen Lage eingetreten. Die Lage sei noch immer nicht unbedenklich, er sei jedoch der Ansicht, daß eine Änderung im Status quo in Ost-Europa nicht geeignet sei, einen Krieg herbeizuführen, und daß, wenn nicht etwaige unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, eine friedliche Regelung gesichert sei.

Tagesneuigkeiten.

— (**Altflavischer Silberfund.**) Ein Schatz von Silberfunden, der im vorigen Jahre in der Neumark, in einem slavischen Tongefäße vergraben, gefunden wurde und der durch seine Erhaltung, durch das Vorkommen eines bisher unbekanntem Typus von Deckelösen und durch seine Beziehungen zur christlichen Kunst von besonderem Werte ist, gelangte jetzt in das Berliner Museum für Völkerkunde. Wie Professor Göze in den „Amtlichen Nachrichten“ mitteilt, gehören dazu noch ein gleicharmiges hohles Kreuz, zwei Halsringe, zwei lange Ringketten und zwei Gehänge mit verschiedenen Gegenständen, ferner ein Silberdenar des Abtes von Corvey Saracho von Rosdorf, der als frühesten Termin für die Vergrabung des Schatzes die zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts angibt. Wahrscheinlich aber wird die Vergrabung mit der Besiznahme der Neumark durch die Deutschen im 13. Jahrhunderte zu erklären sein, womit der außerordentlich gute Zustand der Silberfunden übereinstimmt. Die einzelnen Gegenstände bilden keine einheitliche Gruppe. Während in den Halsringen typische Vertreter der heidnisch-slavischen Hadsilberfunde Ost-Deutschlands vorliegen, führen das Gehänge und die Ketten in christliche Kunstübung. Die Herkunft der Dosen, deren Vorderseite in getriebener Arbeit mit ornamentalen Tieren verziert ist, ist wahrscheinlich im südlichen Rußland oder in angrenzenden Gebieten zu suchen, da ihre Kunstweise mit christlicher nichts zu tun hat und an uralte heidnische Formen und Vorstellungen Ost-Europas und Vorder-Asiens anknüpft.

— (**Das Scheckbuch des armen Mannes.**) Am 1. Jänner haben alle Postbeamten in England das „Scheckbuch des armen Mannes“ kennen gelernt. So nennt das Volk die Scheine, die diejenigen erhalten haben, die ein Anrecht auf Alterspension besitzen. Mehr als eine halbe Million alter Leute im Vereinigten Königreich haben den Nachweis erbracht, daß sie pensionsberechtigt sind, und ihr sogenanntes „Scheckbuch“ erhalten. Die Bezugsscheine, von denen jeder für eine Woche gültig ist, finden genau wie Schecks zu Heften von 25 Scheinen zusammengebunden. Der Pensionsempfänger tauscht diese Scheine auf dem Postamt gegen Bargeld um. Es gibt fünf verschiedene Pensionen und die

Die junge Erzellenz.

Roman von **Georg Hartwig.**

(58. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Unsere Macht wird bis an die äußerste Grenze geübt werden, Ew. Hoheit“, sagte der Hofmarschall, sich verneigend. „Aber vielleicht geruhen Ew. Hoheit, mir für alle Fälle einen Haftbefehl einzuhandigen.“

„Hier steht die schönste und wirksamste Fessel“, sagte der Herzog, auf Helene deutend, deren vornehme Ruhe wieder so wundervoll mit der durchsichtigen Blässe ihrer Züge harmonierte. „Die Rose wird, soviel ich mich entsinne, von den Troubadours immer mit der Lilie zusammen besungen. Auf Wiedersehen, meine Damen!“

Die Baronesse trat zu einigen bekannten Damen. Eva und der Hofmarschall blieben zurück.

„Was sagen Sie zu dem Wunsch Sr. Hoheit?“ fragte er, ihr strahlendes Antlitz betrachtend. „Glauben Sie, daß danach eine baldige Heimkehr auch nur zu denken ist? Oder halten Sie mich für opferwillig genug, die Ungnade des Herzogs auf mich zu nehmen? Ich bin in diesem Falle ganz und gar nicht opferwillig gesonnen. Ist das nicht erschreckend offenerherzig?“

„Entzückend offenerherzig“, sagte sie rasch. „Haben Sie Offenerherzigkeit so gern?“ fragte er etwas gedämpfter. „Dann schwören Sie auch wohl selber zu dieser Fahne?“

„Aber selbstverständlich, Erzellenz!“ Eva sah übermütig lächelnd zu ihm auf. „Belieben Sie doch die Probe zu machen!“

Bücher tragen dementsprechend fünf verschiedene Farben. Die Scheckbücher, die zu wöchentlich fünf Schillingen berechneten, sind blau, die Bierschilling-Bücher sind cremefarben, die Dreischilling-Bücher gelbbraun, während Orange und Terracotta anzeigen, daß die armen Pensionäre sich mit einem, respektive zwei Schillingen per Woche zufriedengeben müssen.

— (**Weib und Dame.**) Unter dem Titel „Die Dame in Kunst und Mode“ wurde am Samstag im Hohenzollern-Kunstgewerbehaus zu Berlin eine Ausstellung eröffnet, die zugleich die Einwirkung der Fran auf Kunst und Mode darstellen und sie selbst im Spiegelbild dieser kulturellen Gebiete zeigen will. Der Katalog der Ausstellung enthält auch eine Reihe von literarischen Beiträgen, in denen deutsche und österreichische Autoren sich in Vers und Prosa bemühen, das Thema der Veranstaltung artig oder geistreich zu paraphrasieren. Richard Dehmel gibt der Ausstellung folgendes „Motto“ mit:

„Die Kunst edlen Weibes
pflegt den Liebreiz des Leibes,
die Kunst edler Frauen
hilft Seelen erbauen.
Die Kunst edler Damen
fügt um all das den rechten Rahmen.“

Eine knappe Definition des Begriffes Dame versucht Georg v. Ompteda in dem Vierzeiler:
Was macht die „Frau“ zur „Dame“?
Nicht Schönheit, Schmutz noch Kleid,
nicht Stolz, nicht Geld, nicht Name:
Gehaltene Selbstverständlichkeit!

Auf den „Logiker“ Ompteda aber folgt der „Grammatiker“, als den sich der Wiener Raoul Auerheimer in folgender Plauderei „über Handschuhe“ vorstellt: Das Wort „Weib“ ist ein gar merkwürdiges Wort. Obwohl ein Hauptwort, ist es nämlich steigerungsfähig wie ein Adjektiv: das Weib, die Frau, die Dame. Der Superlativ enthält, wie jeder, zugleich den Positiv und den Komparativ. Jede Dame ist zugleich Weib und Frau, muß es sein, sonst ist sie keine. Das Weib steckt in ihr wie die Hand im Handschuh. Meine Damen — ein leerer Handschuh ist trostlos. Erst die rosige Wärme, die darunter liegt, macht die kühle Glacehülle begehrenswerter. Wir küssen wohl das Leder, aber, verehrte Superlative: wir meinen die Haut.

— (**Die Londoner Pflastermaler.**) Jedem Besucher von London sind die Pflastermaler aufgefallen, die in belebten Straßen auf der Erde hoden und mit farbigen Stiften Kunstwerke auf's Pflaster zaubern. Für diese Künstler war nun diesertage in der Londoner Ausstellungshalle Olympia ein Preismalen, das erste seiner Art, ausgeschrieben worden. Aber obgleich es in London ungefähr 300 solcher Straßenmaler gibt, wagten es nur wenige, sich mit den Größen ihres Standes zu messen. Die sieben, die gewillt waren, ihre Fähigkeiten von Preisrichtern begutachten zu lassen, knieten vor dem ihnen angewiesenen Platz nieder und begannen, unbekümmert um die Bemerkungen der Zuschauer, mit Kreide, Kohle und farbigen Stiften ihre Gemälde zu entwerfen. Sie hatten eine Stunde Zeit und waren weder in der Anzahl ihrer Bilder, noch im Gegenstand gebunden. Der erste Preis von 50 Mark wurde von einer Frau gewonnen. Sie hat seit zehn Jahren ihren Standplatz in Kensington und ist den Bewohnern dieser Stadtgegend wohl bekannt. In der ihr zugemessenen Stunde hatte sie ein halbes Duzend Bilder gemalt, darunter — um ihren Sinn für Gegenständlichkeit zu

„Hier? Nein, das wäre zu ungemütlich. So etwas macht sich viel besser dabei am Kaminsfeuer, wo schließlich die Funken anfangen zu sprechen, wenn die Zunge stockt. Apropos, was wollten Sie denn vorhin gern wissen?“

Sie atmete rascher. Herr von Lücken bemerkte, wie ihre Hände den Fächer fester umspannten.

„Es fällt mit dem Wunsch des Herzogs zusammen. Ich möchte wissen, ob ich nicht Hofdame hier werden könnte?“

Herr von Lücken lachte.

„Hoffentlich nur bei einer sehr alten Prinzessin! Haben Sie schon zu meiner Tochter davon gesprochen?“

„Nein! Ach, mit Helene verständlich über mich zu sprechen, ist ganz unmöglich. Sie hat sich ihren Zirkel gezogen und darin wandelt sie hartnäckig auf und ab, ohne Verständnis für die Leute, welche nicht dergleichen Zeichenkünste ausüben können wie die zukünftige Gräfin Wechting.“

„Mit mir also würden Sie es eher wagen?“ Und er fragte noch einmal schneller: „Mit mir eher? Ja?“

„Doch! Viel eher!“ erwiderte sie und fühlte sich plötzlich beklommen.

„Ich versäume meine Pflichten neben Ihnen“, sagte der Hofmarschall, sich schnell verabschiedend und sie verlassend.

Die flüchtige Spannung in Evas Brust löste sich bald. Das Souper begann. In den Nebenräumen harrten kleine, weißgebedete Tafeln der Gäste. Ein kurzes, scheinbares Durcheinander folgte dem allgemeinen Ausbruch, dann einige Minuten die Stille der Erwartung. (Fortsetzung folgt.)

fängerhaft als die souveräne Mißachtung aller Polizeivorschriften. Jene beiden fanden auch kein Hindernis auf der Straße, während ihm alle Kinder in die Quere kamen, alle Rötter ihn anfielen, alle Schutzleute beobachtend naheten. Ein Zorn ohnegleichen erfüllte ihn über alle die kleinen Mißgeschicke. Aber er kam schließlich doch vorwärts und behielt die Flüchtigen im Auge, er behielt sie im Auge!

Wohin sie wohl fahren mochten? Eifersüchtige Gedanken aller Art bestürmten den armen Fritz, dem es schon förmlich zur Gewißheit geworden, daß auch ihm das Schicksal des Kollegen vom Rotenhause beschieden war. Der hatte es schon halb und halb verwunden. Der konnte es auch ganz verwunden, seine Braut war vielleicht häßlich gewesen, hatte Schielaugen und einen Höcker gehabt. Die Schönheit Köschens, ihre Lieblichkeit und Güte waren eben nicht jeder gegeben. Aber wie sollte er es verwunden, diesen Schatz verloren zu haben? Wie sollte er über sein Mißgeschick hinwegkommen, das ihm unvergleichbar dünkte mit jedem ähnlichen Unglück anderer?

Aber war es denn wirklich solcher Schatz, den er verlor? Hatte ihn Rose nicht schmähtlich hintergangen? Konnte er sie nach dieser Treulosigkeit noch seine Braut nennen? Und wenn er darüber zugrunde ging, mit diesen Beziehungen war es zu Ende. Er wollte nichts mehr von ihr wissen. Wollte sie nicht einmal mehr ansehen! Und warum fuhr er eigentlich da keuchend hinter ihr her? Warum, warum? O, nur Gewißheit wollte er haben, Gewißheit über sein Unglück, weiter nichts.

(Schluß folgt.)

bekunden — ein Erdbeben und eine Sonnenfinsternis. Der zweite Preis wurde einem Einarmigen zugesprochen und jeder der übrigen Pflastermaler erhielt einen kleinen Trostpreis als Entschädigung für seine Auslagen.

Total- und Provinzial-Nachrichten.

Krainischer Landtag.

(Fortsetzung des Berichtes über die Sitzung am 15. Jänner.)

Abg. Dr. Dražen wendet sich gegen das politische System, das jeden Fortschritt des slovenischen Volkes hindere, und apostrophiert in längeren Ausführungen die Vertreter des Großgrundbesitzes, wobei er auf die Septembervorfälle zu sprechen kommt, die von den deutschen Blättern in unqualifizierbarer Weise ausgebeutet worden seien, wofür auch die Kasinopartei in Laibach verantwortlich gemacht werden müsse. Redner erklärt, daß er die Deutschen in Krain überhaupt nicht als Nation anerkenne, lehrt sich wider die Ausführungen Dr. Egers über die slovenische Literatur und beschäftigt sich detailliert mit der Gebarung der Krainischen Sparkasse, wobei er den politischen Behörden Agitationen für dieses Institut vorhält und erklärt, daß in jeder slovenischen Sparkasse das Geld sicherer als in der Krainischen Sparkasse angelegt sei, da für die Einlagen in diesem Institute keine Garantie geboten werde. Der Reservefonds verringere sich, wie Redner ziffermäßig darlegt, von Jahr zu Jahr, sei überdies nicht in mobilen Werten, sondern, entgegen den Bestimmungen des Statutes, hypothekarisch und selbst da mit nur geringen Erträgen angelegt. Abg. Dr. Dražen wendet sich gegen den landesfürstlichen Kommissar Hofrat Marquis von Gozani, der in einem Tage die Bücher der Krainischen Sparkasse revidiert und dafür 600 K erhalten habe, und bespricht dann an der Hand des Rechnungsabchlusses pro 1907 die Spenden der Krainischen Sparkasse, die nur deutsch-nationale Tendenzen verfolgten, wie dies aus der Gegenüberstellung der den deutschen und den slovenischen Vereinen und Korporationen bewilligten Subventionen hervorgehe. Selbst der für die Laibacher Armen vorgesehene Betrag sei zugunsten der Erhöhung des Direktorgehaltes restringiert worden. — Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kommt Abg. Dr. Dražen auf die Verhältnisse bei der Landesregierung zu sprechen und hält dem Landespräsidenten Protektions- und Korruptionspolitik vor. (Der Landeshauptmann ersucht den Redner, sich zu mäßigen.) Die Beamten der Landesregierung seien zum meiste des Slovenischen nicht genügend mächtig; der Landespräsident habe nach Wien berichtet, daß die politische Verwaltung in Krain schon zu stark mit slovenischen Beamten durchsetzt sei. In der Finanzverwaltung werden alle slovenischen Beamten aus Land verschickt und an ihre Stellen Deutsche nach Laibach versetzt. Abg. Dr. Dražen kritisiert die Verwendung des Einrichtungsbetrages und des Gebäuderhaltungsfonds durch den Landespräsidenten, hält ihm Protektion bei der Besetzung von Beamtenstellen vor, erklärt, daß Bezirkshauptmann Dr. Pragerer ungünstig über die „Glasbena Matka“ berichtet habe, damit sie weniger Subvention erhalte, daß Landesregierungsrat Ritter von Lajchan eine slovenische gerichtliche Zustellung mit den Worten: „Wie erschrecken Sie sich, mir das in dieser Sprache zuzustellen“ zerrissen habe und daß Landesregierungsrat Ritter von Kalteneager bei der Verleihung von Studentenstipendien parteiisch vorgehe. Aus alledem ergebe sich die bei der krainischen Landesregierung herrschende Korruption von selbst und der Landespräsident läte am besten, wenn er selbst abträte. (Weisfall bei der national-fortschrittlichen Partei sowie auf der Galerie. Der Landeshauptmann ersucht letztere um Ruhe.)

Landeshauptmann von Suki erklärt, er habe vormittags den Schlußsatz der Rede des Abg. Dr. Tavčar überhört; nachträglich müsse er diese Äußerung entschieden zurückweisen, weil sie in vollem Widerspruche zu den Gefühlen der ganzen slovenischen Bevölkerung stehe. (Weisfall.)

Abg. Gangl bespricht die Verhältnisse in Idria. Diese Stadt bilde eine unerschöpfliche Quelle für die Landeskasse, erhalte aber vom Lande nichts. Die Realschule sei gegründet worden, um die Idrianer Jugend mit geistigem Kapital zu bereichern. Die Ausgaben für diese Anstalt hätten bis zum Jahre 1907 732.536 K betragen, worin die Aufführungskosten mit 363.769 K einbegriffen seien; aber auch das Budgetprovisorium für das laufende Jahr zeige, daß sich der Landesauschuß nicht der Realschule erinnere. Die Gesuche um erhöhte Subvention für die Erhaltung der gewerblichen Fortbildungsschule seien erfolglos geblieben. Das Land habe sogar der Entwicklung der Stadt auf kulturellem Gebiete Widerstand entgegengekehrt. Abg. Gangl bespricht ausführlich die Affäre, betreffend den Umbau des für die Abhaltung von Vereinsveranstaltungen provisorisch aufgeführten Gebäudes, deren Verlauf zur Auflösung der Idrianer Gemeindevertretung sowie zur Einsetzung eines Gerentes geführt habe, der übrigens zur Führung der Agenden nicht die erforderliche Eignung besitze. Redner stellt zum Schlusse mehrere Resolutionen. In der einen wird der Landtag ersucht, behufs Erhaltung der Realschule in Idria nachträglich einen Betrag von 40.000 K für die Jahre 1905 bis 1909 zu bewilligen; weiters wird der Landesauschuß beauftragt, für den Umbau des betreffenden Gebäudes den Betrag von

38.169 K zu bewilligen; die vom Gerenten verfügte Entlassung des Idrianer Gemeindefretärs wird aufgehoben; weiters ist die Regulierung des Nikobasflusses in Angriff zu nehmen, damit auch die Kanalisationsfrage gelöst werde; endlich ist durch Bautechniker ein Regulierungsplan der Stadt Idria auszuarbeiten.

Landespräsident Freiherr von Schwarz ergreift das Wort zu folgenden Ausführungen, die zu wiederholtenmalen von den slovenischen Abgeordneten durch Zwischenrufe unterbrochen wurden: Mit Rücksicht auf die Ausführungen über die Septembereignisse erachte ich es am zweckmäßigsten, eine allgemeine Darstellung der ganzen Angelegenheit zu geben, damit das hohe Haus in die Lage komme, sich eine richtige Meinung über die erwähnten Ereignisse und über das Vorgehen der Behörden zu bilden.

Die vor der Protestversammlung am 18. September und ebenso bei der Versammlung selbst betriebenen Agitationen ließen besorgen, daß es nach der Versammlung zu Demonstrationen kommen könnte. Zweck Hintanhaltung solcher Demonstrationen und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung hat das Landespräsidium durch Konzentrierung von Gendarmemanschaft in Laibach und Bereithaltung von Militärassistenten das Nötige veranlaßt. Behufs Beobachtung der Situation in den Straßen und Inanspruchnahme der, wie erwähnt, bereit gehaltenen außerordentlichen Sicherheitsvorkehrungen wurden die dem Landespräsidium zur Verfügung gestandenen staatspolizeilichen Beamten in Dienst gestellt.

Am 18. September vormittags wurde über meinen Auftrag der Herr Bürgermeister durch den Polizeirat Bratichko gefragt, ob Gendarmerieassistenten nötig sein würde, welche Frage vom Herrn Bürgermeister verneint wurde. Als der Herr Bürgermeister nachmittags bei mir war und ich ihm gegenüber die Besorgnis möglicher Demonstrationen in den Abendstunden aussprach, hat der Herr Bürgermeister gesagt, er meine die Ordnung vor Beginn der Versammlung hat Polizeirat Bratichko den städtischen Polizeirat Lauter verständigt, daß dreißig Gendarmen zur Verfügung stehen, was jener mit der Bemerkung zur Kenntnis nahm, daß er nach seiner Meinung mit der städtischen Wache auskommen werde. Hienach ist es klar, daß die städtische Behörde die Beistand der Gendarmerie überhaupt nicht wollte. Leider kann ich aber auch nicht verschweigen, daß die zur Schau getragene Zuersticht der städtischen Funktionäre geeignet war, den klaren Blick des zur Beobachtung und zum rechtzeitigen Eingreifen entsendeten l. l. Polizeirates zu trüben und ihn in eine, wie sich bald zeigte, den Verhältnissen nicht entsprechende Zuersticht zu wiegen.

Da nun die städtische Behörde Gendarmerieassistenten überhaupt nicht wollte, stand zu erwarten, daß sie mit aller Umsicht und aller Tatkraft vorgehen werde, damit keinerlei Unordnungen entstehen und daß namentlich Gewalttätigkeiten vorgebeugt werde.

Es ereignete sich jedoch, daß nach Schluß der Versammlung zahlreiche Abteilungen der in und vor dem Versammlungsorte befindlich gewesenen großen Menschenmenge anstandslos den Polizeifordon passierten, so daß in kurzer Zeit der Platz vor dem deutschen Kasino von einer exzessierenden Volksmenge besetzt war, und selbst in diesem kritischen Augenblicke erhielt Polizeikanzlist Fink, als er den städtischen Polizeirat auf die Notwendigkeit der Gendarmerieassistenten dringend aufmerksam machte, die Antwort: „Odklanjam vsako pomoč!“ (Ich lehne jede Hilfe ab.)

Kanzlist Fink erstattete mir nun sofort telephonisch Meldung — die erste, die ich an diesem Abende von den Vorgängen erhielt — worauf sofort Gendarmerie und Militär requiriert wurde.

Leider hatten beim Erscheinen der bewaffneten Macht die Exzessanten ihr Zerstörungswerk bereits vollbracht und sie konnten es, begünstigt durch einen offenbar lange und genau vorbereiteten Plan, auch noch weiter in verschiedenen Teilen der Stadt fortsetzen.

Angeichts dieser Vorkommnisse war es klar, daß für den folgenden Abend, das ist für den 19. September, besondere Maßregeln getroffen werden mußten, um einer Wiederholung der Exzesse vorzubeugen.

Zu diesem Ende veranlaßte ich die Bereithaltung von Gendarmen- und Militärmanschaft in der Nähe der am 18. September hauptsächlich angegriffenen Objekte und die Einrichtung gemischter Patrouillen, damit auch die anderen Stadtteile nicht ohne Beaufsichtigung blieben.

Hiebei möchte ich bemerken, daß der Herr Bürgermeister, in Abänderung seiner Haltung vom Vortage, am 19. September die Verwendung des Militärs selbst in Vorschlag brachte.

Bekanntlich kam es auch am 19. September zu solchen Widersehligkeiten und Gewalttätigkeiten, daß die Ruhe und Ordnung durch die bereit gehaltene Gendarmerie und durch das Militär hergestellt werden mußten.

Trotzdem auch am 20. September die gleichen Nachtmittel bereit gehalten wurden und die Bevölkerung über den Ernst der Lage nicht in Zweifel sein konnte, kam es auch an diesem Abende wieder zu bedrohlichen Ansammlungen und Ausschreitungen, die leider zu einem tragischen Ausgange führten.

Am 21. September vormittags erdreistete sich eine Anzahl Menschen von den Geschäftsleuten die Entfernung deutscher Geschäftsausschriften zu fordern, ja diese in einzelnen Fällen gegen den Willen der Eigentümer selbst zu entfernen.

Leider war die städtische Polizei wieder nicht in der Lage, diese Vorgänge zu verhindern. Die erste Mitteilung hievon langte beim Landespräsidium um 1 Uhr nachmittags ein, woraufhin eine starke Gendarmeriepatrouille entsendet wurde.

In den kritischen Tagen wurden gegen die ausdrückliche Vorschrift des Preßgesetzes Flugzettel höchst aufreizenden Inhaltes verteilt; auch hievon hat die städtische Polizei nichts bemerkt.

Es ist klar, daß ein solches Vorgehen die Sucht nach Demonstrationen und Exzessen nicht vermindern kann.

Es wurde mir vorgeworfen, daß ich die Gendarmerie in die Stadt Laibach ohne Einwilligung des Herrn Bürgermeisters berufen habe.

Die Annahme, daß die Gendarmerie im Stadtgebiete ohne Zustimmung des Bürgermeisters nicht verwendet werden dürfe, ist unrichtig, weil der § 3 des Gendarmeriegesetzes den Fall vor Augen hat, daß in einer Stadt mit eigenem Statute von der Gemeindebehörde selbst zur Unterstützung der städtischen Sicherheitswache Gendarmerie angesprochen wird, nicht aber den Fall, in welchem der Landeschef auf Grund der Allerhöchsten Bestimmungen vom 14. September 1852 und des § 17 des Gendarmeriegesetzes zur Hintanhaltung und Unterdrückung gefährlicher Bedrohung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit größere Nachtmittel aufzubieten verpflichtet ist. Soweit als möglich wird auch in diesem Falle im Einvernehmen mit dem Bürgermeister vorgegangen. Deshalb wurde die Gendarmerieassistenten im Laufe des 18. September wiederholt angeregt.

Es ist aber klar, daß die wirkliche Verwendung der Gendarmerie in dem bezeichneten Falle von der Zustimmung des Bürgermeisters nicht abhängig gemacht werden kann.

Nach dem 21. September kam es nicht mehr zu größeren Unordnungen. Wohl aber traten andere bedauerliche Erscheinungen zutage. Ich erinnere an die häßliche Boykottbewegung und die Fortsetzung der Feindseligkeiten gegen die deutschen Bewohner Laibachs, welche von einem Teile der Presse in nicht erlahmendem Eifer gepredigt und wachgehalten wurden.

Hohes Haus! Ich bedauere aus tiefstem Herzen die geschilderten Ausschreitungen vom 18. September und den folgenden Tagen. Ich bedauere sie wegen des bitteren Unrechtes, welches ganz ohne Anlaß in ganz kulturwidriger und unchristlicher Weise einem friedliebenden Teile der Bevölkerung zugefügt wurde, einer Bevölkerung, welche, als in der Minderheit befindlich, seitens der Mehrheit einer rücksichtsvollen und schonenden Behandlung teilhaftig sein sollte und welche durch die ihr widerfahrene Unbill, abgesehen vom bedeutenden materiellen Schaden, in Angst und Sorge versetzt wurde.

Ich bedauere die Vorfälle und ihre Folgeerscheinungen, weil das Vorgehen einiger gewissenloser Hezer und einer verführten Menge geeignet ist, auswärts eine falsche Vorstellung von der slovenischen Nation zu erregen, welche sich in bewunderungswürdiger Weise entwickelt hat und deren ernsthaftes Streben nach weiterem geistigen und wirtschaftlichen Fortschritt mit der größten Hochachtung gerühmt werden muß.

Ich bedauere endlich die erwähnten Vorfälle wegen ihren traurigen Folgen.

Meine Herren! Ich begreife den Wunsch angesichts dieser traurigen Folgen diejenigen zu ermitteln, welche hieran die Schuld tragen.

Ich muß aber energisch dagegen protestieren, daß man in dieser Hinsicht gegen die Staatsgewalt Anklagen erhebe. Ich weise vor allem die Angriffe auf das Militär entschieden zurück und bedauere diese Angriffe um so mehr, als es schon in den Tagen der Demonstrationen Beleidigungen und Beschimpfungen ausgeübt war. Ich weise entschiedenst die Angriffe gegen den Herrn Korpskommandanten zurück, der gewiß weiß, was er zu tun hat, und sicherlich auch die Verantwortung für seine Handlungen übernimmt.

Ich bedauere, daß auf Grundlage unverbürgter Gerüchte Vorwürfe geschmiedet werden, aus denen dann unbegründete und falsche Schlüsse gezogen werden.

Es fielen im hohen Hause Worte wie „Mörder“, „Es wurde gemordet“. Meine Herren! Mörder ist derjenige, welcher mit Absicht, und zwar mit böser Absicht Menschenleben vernichtet! Solche Bemerkungen richten sich selbst und bedürfen keiner besonderen Antwort. Was die Anwürfe gegen das Militär wegen des Waffengebrauches anbelangt, muß ich darauf hinweisen, daß der Herr Reichskriegsminister seinerzeit an kompetenter Stelle, das ist in den Delegationen des österreichischen Reichsrates, eine eingehende Erklärung diesfalls abgegeben und über die dagegen eingebrachten Einwendungen Nachtragshebungen in Aussicht gestellt hat. Es ist nur der Herr Reichskriegsminister in der Delegation, bezw. der Herr Minister für Landesverteidigung im Reichsrate in der Lage, weitere entsprechende Aufklärungen über das Ergebnis der betreffenden Nachtragshebungen zu geben. Im Abgeordnetenhaus ist übrigens ohnedies vom Herrn Abgeordneten Hribar und Genossen ein besonderer Dringlichkeitsantrag diesfalls eingebracht worden.

Der Landtag ist daher nicht das geeignete Forum, vor welchem diese Angelegenheit zur Austragung gelangen könnte.

Weiters kann ich nicht zulassen, daß der Gendarmerie ein rohes und ungesetzliches Vorgehen vorgeworfen werde. Ich habe mich überzeugt, daß die Gendar-

merie, sowohl Offiziere, wie Mannschaft, streng nach ihren Vorschriften gehandelt haben.

Was die Behauptungen anbelangt, daß die unter dem Kommando von Offizieren stehenden Gendarmerieabteilungen in einigen Fällen selbständig vorgegangen sind, ohne daß sie besondere Aufträge des betreffenden Organes der Regierung eingeholt hätten, muß ich bemerken, daß nach § 28 der Dienstesinstruktion für die Gendarmerie für den Offizier, falls er das Kommando über eine aus mehreren Gendarmen bestehende Abteilung übernimmt, überhaupt jene Vorschriften gelten, welche für einen Offizier der Armee bei Assistenzleistungen maßgebend sind.

Nach diesen Bestimmungen muß der Assistenzkommandant das Einvernehmen mit dem betreffenden Organ der Zivilbehörde suchen und erhalten und ihn dabei so unterstützen, daß der Zweck, für welchen die Assistenz in Anspruch genommen wird, erreicht wird; er hat das Zivilorgan ferners zu schützen.

Die Disposition über die Mannschaft, welche zur Assistenzleistung herbeigezogen wird, steht allein ihrem Kommandanten zu.

Wenn zum Beispiel das Regierungsorgan den Assistenzkommandanten auffordert, er möge einen Platz räumen, so hat der Kommandant der betreffenden Abteilung zu entscheiden, in welcher Weise die Gendarmerie zu verwenden ist, damit der Platz geräumt werde.

Was die einzelnen Fälle anbelangt, die angeführt wurden, erlaube ich mir vorerst bezüglich des Vorgehens der Gendarmerie im Auerschen Gasthause, bei welchem die Arretierung des städtischen Ingenieurs Prelovsek erfolgte, zu erwähnen, daß sich nach dem amtlichen Berichte des Polizeirates Wratscho, welchem die betreffende Abteilung zur Assistenz zugeteilt war, am 18. September 1908 in der Zeit, als die Wolkasse abgesperrt wurde, im Hausflur des genannten Gasthauses ungefähr 20 Leute versammelt haben, welche das Militär und die Gendarmerie mit Pui-Rufen begrüßten. Da die Leute immer aufgeregter wurden und sich aus dem Hausflur nicht entfernen wollten, so daß deren Arretierung, bezw. die Räumung des Platzes, in Erwägung gezogen werden mußte, begab sich der Polizeirat in den Hausflur, um die aufgeregte Menge zu beruhigen und sie zu veranlassen, ins Gastlokal zu gehen, was ihm auch gelungen ist.

Bei dieser Gelegenheit folgte ihm ein Teil der Gendarmerieassistenz, worauf es zu stürmischen Szenen und schließlich zur Arretierung Prelovseks kam, welcher sich nach dem amtlichen Berichte Wratschos im Schreien am meisten hervortat. In seinem amtlichen Berichte erwähnt der Polizeirat nicht, daß er den Kommandanten der Gendarmerieabteilung gebeten hätte, er möge ihm nicht in das Gasthaus folgen; dieser Umstand ist übrigens bedeutungslos, weil es die Aufgabe der Gendarmerieassistenz ist, das Regierungsorgan zu schützen und zu unterstützen und gegen diejenigen vorzugehen, welche bei ungesetzlichen Handlungen betreten werden.

Einem Gendarmerieoffizier wurde vorgeworfen, daß er am 20. September, nachdem das Militär schon geschossen hatte, sich geäußert hätte: „Noch einmal Zivio rufen und es wird geschossen“.

Laut Ergebnisse der diesfalls gepflogenen Erhebungen hat der betreffende Offizier einen solchen Ausruf nicht getan und die gegenteiligen Behauptungen sind nur auf ein Mißverständnis zurückzuführen, denn der Offizier hat sich, als er nach dem Schießen Zivio-Rufe hörte, dahin geäußert: „Jetzt schreien sie Zivio, wo doch geschossen wurde“.

Daß schließlich die gegen die Landesregierung gerichteten Anschuldigungen wegen angeblich inoffiziellen Vorgehens unbegründet sind, geht aus dem amtlichen Berichte hervor, den ich früher erstattet habe.

Alle diese Anwürfe gegen die Regierung und deren Organe machen übrigens den Eindruck, daß man durch dieselben die Aufmerksamkeit von den wirklichen Schuldigen abzulenken sucht.

Ich bin daher bemüht, insbesondere mit Rücksicht auf die unerhörten Szenen bei der Eröffnung des Landtages, hier die Wahrheit auszusprechen.

Die Wahrheit, hohes Haus, ist, daß die wirklichen Schuldigen an den traurigen Folgen der Septemberdemonstrationen diejenigen sind, welche die Demonstrationen vorbereitet und in Szene gesetzt haben, und alle jene Personen und Faktoren, welche direkt oder indirekt durch ihr Verhalten die Erzedenten in ihrem gewalttätigen Gebaren bestärkt und in ihnen den Glauben erweckt haben, daß unter dem Schutze schlecht angewendeter Schlagworte unbefristet die Sicherheit der Person und des Eigentums gefährdet werden dürfe.

Es wurde im Laufe der Debatte behauptet, daß ich mich einmal in der Kabinettskanzlei über die slovenische Nation in feindseligem Sinne geäußert hätte. Demgegenüber erkläre ich, daß ich eine solche oder ähnliche Äußerung niemals getan habe, weder in der Kabinettskanzlei, noch sonst wo.

Wir hörten in der nachmittägigen Sitzung eine ganze Reihe von Fragen. Auf einige dieser Fragen antwortete ich nicht und werde auch nicht antworten — ich weise sie zurück. Bezüglich einiger derselben bin ich jederzeit bereit Aufklärungen zu geben auf Grund der betreffenden Akten, die mir in diesem Augenblicke nicht zur Verfügung stehen. Auf einige bin ich in der Lage, sofort zu antworten.

Ein Teil der Fragen betrifft die sogenannten „Germanisierungsbefrebungen“ des Landespräsidenten. Bei verschiedenen Gelegenheiten wurde mir schon vorgewor-

fen, daß ich zur Konzeptspraxis bei der Landesregierung fast ausschließlich nur Deutsche zulasse, während ich die Gesuche slovenischer Bittsteller abweise. Demgegenüber möchte ich folgendes konstatieren: Vor allem anderen ist zu erwähnen, daß nach den gegebenen Vorschriften für die Anzahl der Konzeptspraktikanten bei der politischen Verwaltung in Krain ein bestimmter numerus clausus besteht, daß nämlich die Zahl von zehn Praktikanten nur dann überschritten werden darf, wenn sich im Status der politischen Beamten ein faktischer Abgang ereignet, so daß die Zulassung von Praktikanten im einzelnen Falle nicht eine Vermehrung des faktischen Standes der politischen Beamten bedeute.

Wenn ich im Hinblick auf diese Vorschriften in der Lage war, Bittsteller in den politischen Dienst aufzunehmen, habe ich sie zum Konzeptsdienste in der Reihe zugelassen, in der sie darum gebeten haben, ohne Unterschied auf ihre Nationalität, und zwar gestützt auf das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, §. 142, R. G. Bl., nach welchem öffentliche Dienste allen Staatsbürgern gleich zugänglich sind. Niemals hat es sich ereignet, daß ein Gesuch aus Rücksicht auf die Nationalität des Kompetenten abgelehnt wurde.

Es ist richtig, daß einem Bittsteller das Gesuch mit dem Beifügen zurückgestellt wurde, er könne nicht in den Dienst aufgenommen werden, und zwar deswegen, weil damals die Zahl der Beamten bei der politischen Verwaltung voll war. Es schien mir, daß es im Interesse des Bittstellers selbst liege, ihn sofort zu verständigen, daß es mir nicht möglich sei, seinem Gesuche Folge zu geben. Wenn mir vorgeworfen wird, daß ich ihn deswegen zurückgewiesen habe, um Gesuche deutscher Petenten berücksichtigen zu können, möchte ich doch konstatieren, daß, seitdem ich die Ehre habe, der krainischen Landesregierung vorzustehen, ausgenommen den erwähnten Fall, allen Gesuchen der Petenten Folge gegeben wurde und daß 19 Konzeptspraktikanten aufgenommen wurden, darunter acht Slovenen, neun Deutsche und zwei Tschechen.

Wenn man mir auch vorwirft, daß ich überhaupt die politische Verwaltung in Krain zu germanisieren beabsichtige, möchte ich doch wieder darauf aufmerksam machen, daß vor zehn Jahren im Konzeptsdienste bei den politischen Behörden in Krain neun Slovenen standen, während jetzt deren 26 sind.

Die Behauptung, ich hätte dem Ministerium berichtet, daß schon zu viele Slovenen im politischen Dienste stehen, ist vollkommen erfunden.

Tatsache ist vielmehr, daß sich bis jetzt verhältnismäßig wenig Petenten aus Krain zum politischen Dienste gemeldet haben; für diesen Umstand kann aber doch nicht der Landespräsident verantwortlich sein. Des öfteren hatte ich schon Gelegenheit, der Zentralregierung darüber zu berichten und ausdrücklich zu betonen, daß ich Wert darauf legen würde, wenn mehr absolvierte Juristen aus Krain in den politischen Dienst eintreten würden. — Aus allem dem ist deutlich zu ersehen, daß die angeführten Vorwürfe gegen mein Vorgehen in dieser Angelegenheit vollkommen unbegründet sind.

Gesprochen wurde auch von der Krainischen Sparkasse und es wurde gerügt, daß die k. k. Landesregierung sich vollkommen unnotwendigerweise dieser Privatanstalt angenommen habe. Hierauf beehre ich mich nachstehendes zu antworten: Es ist richtig, daß die Landesregierung verfügt hat, daß der landesfürstliche Kommissär bei der Krainischen Sparkasse, k. k. Hofrat Marquis Gozani, und k. k. Landesregierungsrat Kremensek auf Grund persönlicher Informationen, welche sie bei der Krainischen Sparkasse nach Einsichtnahme in die Bilanz für das erste Halbjahr 1908 hinsichtlich des Standes der Spareinlagen, der Wertpapiere und des Reservefonds erhalten haben, hierüber eine Erklärung abzugeben haben und daß diese Erklärung im nichtamtlichen Teile der „Laibacher Zeitung“ abgedruckt wurde. Weiters hat die Landesregierung die Bezirkshauptmannschaften beauftragt, mit Rücksicht auf den Inhalt dieser Äußerung das Volk entsprechend darüber zu belehren, daß die Einlagen bei der Krainischen Sparkasse vollkommene Sicherheit gewähren und daß ein Verlust derselben, bezw. ein Verlust überhaupt nicht zu beforgen ist.

Die Folgerung, daß die Einlagen bei der Krainischen Sparkasse vollkommen sicher sind, ist ein begründeter Schluß aus den in der Erklärung angeführten Zahlen. Daß diese Folgerung begründet war, erweist der Umstand, daß die Krainische Sparkasse bis jetzt noch immer und pünktlich alle Einlagen auszahlen konnte, ohne daß sie sich ihres ihr nach den Statuten zukommenden Rechtes bedient hätte, nach welchem die Beträge von 200 bis 1000 Kronen vier Monate und die Beträge von über 1000 Kronen sechs Monate vorher zur Auszahlung gekündet werden müssen. Auch ist der Landesregierung bisher noch keine Beschwerde zugekommen, daß die Sparkasse die Bestimmungen ihres Statutes nicht beobachtet hätte, obwohl der Ansturm gegen diese Sparkasse schon über vier Monate währt. Überhaupt wird niemand, der nüchtern denkt, aufrecht sprechen und dem die Verhältnisse bekannt sind, zweifeln, daß die Einlagen bei der Krainischen Sparkasse mindestens ebenso sicher sind, wie bei jedem anderen Geldinstitute im Lande.

Es wurde die Ansicht ausgesprochen, daß es nicht angehe, daß sich die Landesregierung der Krainischen Sparkasse annähme, weil sie lediglich ein Privatinstitut ist. Dieser Ansicht kann ich keineswegs zustimmen. Der

Ansturm auf die Krainische Sparkasse entspringt dem nationalen Hass. Wegen dieses Hasses wurde diese Sparkasse boykottiert und es wird dahin gearbeitet, diese Anstalt zu vernichten.

Die Agitation, welche darauf hinzielt, ist auf jeden Fall ungesetzlich und es muß ihr so viel als möglich Einhalt getan werden.

Die Behörde darf nicht ruhig zusehen, daß durch nationalen Boykott die ruhige Erwerbstätigkeit der Bevölkerung gestört werde. Sie muß einer jeden solchen Agitation entgegenreten, sei diese gegen Einzelpersonen oder gegen Geldinstitute gerichtet, im letzten Falle schon ganz besonders deswegen, damit einer eventuellen Panik mit ihren unabsehbaren Folgen vorgebeugt werde. Die Pflicht der Landesregierung war es daher, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, daß die Agitation gegen die Krainische Sparkasse ungerechtfertigt ist. Dadurch hat aber die Landesregierung keineswegs eine Parteilichkeit, sondern lediglich pflichtgemäß die Absicht kundgegeben, eine Beunruhigung der ganzen Bevölkerung Krains, der slovenischen sowohl wie der deutschen hintanzuhalten. Daß durch die Agitation gegen die Krainische Sparkasse ein großer Teil der Bevölkerung des ganzen Landes beunruhigt wurde, ist notorisch und daß eine solche Beunruhigung auch sehr gefährliche und unabsehbare Folgen haben kann, ist für jedermann offenkundig.

Die Behauptung, daß der Regierungskommissär Herr Hofrat Marquis Gozani von der Sparkasse ein Honorar von 600 K erhalten hätte, weise ich als vollkommen unwahr zurück.

Anlangend das Vorgehen des Herrn Landesregierungsrates Ritter von Laschan in einer Gerichtsangelegenheit beehre ich mich folgendes mitzuteilen: Von dem Vorfall wurde ich vom Gerichte verständigt und habe Laschan deshalb beauftragt, sich zu rechtfertigen. Daraufhin berichtete Landesregierungsrat Laschan, daß er in einer seinen Diener betreffenden Angelegenheit, die er als abgetan erachten mußte, wiederholt slovenische Bescheide erhalten habe. Im Hinblick darauf, daß er notorisch deutscher Abstammung ist und im Hinblick darauf, daß es bei der Landesregierung Gepflogenheit ist, mit jeder Partei in deren Umgangssprache zu verkehren, glaubte der Herr Landesregierungsrat, daß dieses Vorgehen des Gerichtes mit den betreffenden Vorschriften nicht im Einklange stehe, um so mehr als sein Diener, welcher in erster Linie in dieser Sache interessiert war, ein Deutscher ist und kein Wort Slovenisch versteht, was auch bei Gericht bekannt war, da der Betreffende selbstverständlich bei Gericht immer deutsch gesprochen hat. Am 29. März 1907 hat der Gerichtsdienner dem Herrn von Laschan neuerlich einen slovenischen Bescheid in dieser Angelegenheit zugestellt. Unwillig darüber, daß er sich mit der Angelegenheit des Dieners wieder befassen muß, äußerte sich Laschan, das Gericht habe ihm in dieser Sache in deutscher Sprache zu schreiben, worauf er tatsächlich den Bescheid zerrissen hat. Dann erst bemerkte er, daß er den Zustellschein auch zerrissen habe und bestätigte sogleich den Empfang des Bescheides. — Beigefügt hat Herr von Laschan in seinem Berichte, daß ihm jede Rücksichtung des Gerichtes ferne gelegen sei. Das Gericht hat sich mit dieser Äußerung vollkommen begnügt. — Ich bemerke noch, daß die Äußerung Laschans sich vollkommen mit dem Berichte des Dieners deckt, der den Gerichtsbescheid zugestellt hat.

Hieraus ist zu ersehen, daß der Landesregierungsrat Laschan den rekriminierten Ausdruck nicht gebraucht hat, daß daher von einer Absicht, die slovenische Nation oder die slovenische Sprache zu beleidigen, keine Rede sein kann. Der Unwille Laschans war ausschließlich gegen das Vorgehen des Gerichtes gerichtet. Es handelte sich daher um eine Angelegenheit vollkommen internen Charakters und die Angelegenheit wurde auch intern erledigt. Ich habe daher keinen Anlaß, in dieser Sache gegen den Herrn Landesregierungsrat Laschan, einen der tätigsten und fähigsten Beamten, noch etwas zu verfügen, und dies um so weniger, als er selber loyal zugegeben hat, daß sein Vorgehen in dieser Angelegenheit nicht passend und geeignet war, falsch ausgelegt zu werden.

Hohes Haus! Ich komme zum Schlusse. Vorher sei es mir noch gestattet, einige allgemeine Worte den allgemeinen Vorwürfen zu widmen, welche gegen mich und gegen die Landesregierung erhoben wurden. Es wird uns nämlich vorgeworfen, daß wir uns Ungefehllichkeiten zuschulden kommen lassen und daß wir dem slovenischen Volke feindlich gesinnt sind. Während meiner langjährigen Dienstzeit war Gerechtigkeit und Achtung der Gesetze immer mein oberster Grundsatz und da ich es als Pflicht jedes anständigen Menschen und als Ausfluß einer anständigen Gesinnung erachte, seinen Nächsten sowie jede Nation zu ehren, glaube ich der Notwendigkeit enthoben zu sein, über mein Verhalten gegen die slovenische Nation noch etwas weiteres vorzubringen. Dies gilt für alle politischen Beamten. Ich überlasse mit ruhigem Gewissen die Beurteilung unserer Amtstätigkeit allen selbständig, nüchtern und objektiv denkenden Menschen und wir werden, ohne uns durch unbegründete und ungerechte Angriffe beirren zu lassen, wie bisher auf dem Wege verharren, den uns das Gewissen und die beidete Pflicht weisen.

Abg. Dr. S u s t e r s i c wendet sich zunächst gegen den Wunsch des Abg. Dr. Wilsan, betreffend den Ankauf des Belsezer Schlosses. Der Besitzer verlange dafür die Summe von 1,200,000 K, während er noch vor

dier Jahren das Schloß um 820.000 K angeboten habe. Die Slovenische Volkspartei werde eine derartige Über- vorteilung des Landes nie und nimmer zulassen. — Die Beschwerden des Abg. Gangl seien ungerechtfertigt, denn bereits der frühere Landesauschuß habe beschlo- sen, den Beschluß der Gemeindevertretung von Idria, betreffend den Umbau des fraglichen Gebäudes, mit der Begründung außer Kraft zu setzen, daß es angesichts der schlechten Finanzlage der Stadt nicht angehe, in solche öffentliche Gebäude eine verhältnismäßig hohe Summe zu investieren. Der neue Landesauschuß habe ausschließlich die Autorität des früheren Landesaus- schusses gewahrt und dann, als die Idrianer Gemein- devertretung nicht nachgegeben habe, deren Auflösung ge- fordert. Er würde jeder Gemeindevertretung gegenüber in der gleichen Weise vorgehen, wenn sie sich so renitent wie die von Idria unter dem Kommando Kristians er- weisen sollte. — Abg. Dr. Sustersic erklärt sodann, er habe in der ganzen Zeit seiner 18jährigen politischen Tätigkeit unentwegt an dem Grundsatz festgehalten, unter allen Umständen die Wahrheit zu sagen. Freilich sei es sehr oft populär, in Reden den Volksleiden- schaften Ausdruck zu leihen; allein manchmal müssen die Volksleidenschaften gezügelt werden, wenn das Volk nicht auf Abwege geraten soll. Redner bedauert, daß Abg. Dr. Tavcar die Krone und die Dynastie in die Debatte gezogen. Der höchste Faktor im Staate sei in jedem konstitutionellen Staate unverantwortlich, verant- wortlich aber die Regierung. Nun habe Freiherr von Schwarz erklärt, die Anklage, daß bei den September- vorfällen gemordet worden sei, stelle sich als so schred- lich dar, daß sie selbst verurteile und daß er sich daher nicht veranlaßt sehe, auf diese Anklage zu an- tworten. Wohin käme man denn, wenn diese Theorie Geltung gewänne? Jeder des Mordes angeklagte Ver- brecher könnte von ihr Gebrauch machen und müßte freigesprochen werden. (Heiterkeit.) Leutnant Mayer habe auf fliehende Menschen schießen lassen. Abg. Dr. Su- stersic zitiert die diesbezügliche Erklärung des Kriegs- ministers in der Delegation, wo es ausdrücklich heißt, daß zehn Schüsse als Einzelfeuer auf die Fliehenden abgegeben worden seien. — Das sei denn doch offen- bar Mord. Zu bedauern sei das System, in solchen Fällen den Soldaten immer zu deden. Für die Auto- rität wäre es viel besser, die strengste Untersuchung ein- zuleiten und jenen zu bestrafen, der ohne jede Notwen- digkeit seine Waffe gegen die Mitbürger lehre. (Zu- stimmung.) Eine Reform der Assistenzvorschriften sei vor allem in der Hinsicht notwendig, daß jeder Militär- abteilung ein Zivilorgan beigegeben und der Waffen- gebrauch auf das genaueste umgrenzt werde. Ein höherer Offizier habe sich dem Redner gegenüber geäußert, daß sich Vorfälle wie die in Laibach niemals ereignen wür- den, wenn man überall ein solches Militär wie in Prag hätte. Dort seien die Ausschreitungen viel ge- fährlicher, aber es komme niemals zum Waffen- gebrauch. Auch in Laibach sei es zu keinem Konflikt mit dem Militär des 17. Infanterieregiments und der Landwehr gekommen, die doch die gleiche Aufgabe wie das Infanterieregiment Nr. 27 auszuführen hatten. Die Assistenzvorschriften weisen ferner in den §§ 15 und 16 Widersprüche auf. — Die Laibacher Demonstra- tionen seien für das slovenische Volk sicherlich nicht von Vorteil gewesen; solche Demonstrationen gereichen über- haupt keinem Volke zur Ehre. (Dr. Triller: C'est la guerre!) Mit physischer Übermacht werde man die 60 Millionen starke deutsche Nation niemals nieder- ringen. Haben die Deutschen in Pettau ihren Mob, ver- lange es denn die Ehre des slovenischen Volkes, auch einen zu haben? Im Namen der Slovenischen Volks- partei und der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung im Lande protestieren wir gegen die Exzesse vom 18. September sowie dagegen, daß die slovenische Na- tion dafür verantwortlich zu machen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Die Laibacher Ausschreitungen seien in den Berichten der deutschen Presse außerordentlich über- trieben worden. Niemand habe sich gegen die körper- liche Sicherheit der Deutschen vergangen, während sich in Pettau die Exzesse offenkundig gegen die körperliche Sicherheit der Slovenen gekehrt hätten. Habe man schon die Wahl zwischen dem Geprügeltwerden und dem Fensteremwerfen, so werde man sich unbedingt für letz- teres erklären. (Heiterkeit und Zustimmung.) — Abge- ordneter Dr. Sustersic wendet sich gegen das hierlän- dische Regierungssystem und erklärt, es müsse mit Ausdauer und systematischer Arbeit bekämpft werden. Zum großen Teile sei übrigens dafür der frühere Lan- despräsident Freiherr von Hein verantwortlich zu machen. (Zustimmung.) Die Ara Hein wirke noch gegen- wärtig auf dessen Proteges sowie auf die Umgebung des gegenwärtigen Landespräsidenten. Dieser sei per- sönlich auch ein Opfer Heins, weil er das Land durch die Augen jener ansehe, die Freiherr von Hein ihm zurückgelassen habe. So komme es, daß er sich auf keine Partei im Lande stützen könne. Aber bei der Kriti- kierung des Landeschefs soll nicht in solch immensch- licher Weise übertrieben werden. Es gehe nicht an, ihn mit einem Wolfe zu vergleichen, der Menschenblut trinke. Das Gute an ihm müsse auch anerkannt werden. So sei der gegnerische Geist, der früher bei den poli- tischen Behörden gegen die Bevölkerung geherrscht habe, verbannt worden. Landespräsident Freiherr von Schwarz verhalte sich dem Volke gegenüber feindlich, so viel es in seiner Macht liege und so viel es jene Ele- mente zulassen, die er als Erbschaft nach dem früheren Landeschef übernommen habe. — Abg. Dr. Sustersic

verweist auf die erfolgreiche Intervention des Landes- präsidenten beim sechswöchentlichen Streik in den Jo- sefstaler Papierfabriken, wo an 1100 Arbeiter samt ihren Familien durch sein Eingreifen vor dem Unter- gange gerettet worden seien. (Zwischenruf eines sozial- demokratischen Parteigängers von der Galerie.) Die Geschichte dieses Ausstandes sei freilich für die Sozial- demokraten sehr unangenehm, denn unter den 1100 Ar- beitern habe es nur 10 Streikbrecher gegeben und die seien alle Sozialdemokraten gewesen. (Zustimmung.) — Bezüglich der Septembervorfälle sei es unrecht, den Landespräsidenten für das Vorgehen Mayers und seiner Abteilung verantwortlich zu machen. Sobald sich eine militärische Assistentz auf der Straße befinde, so habe sie selbst ihr Kommando. (Abg. Dr. Triller: Freiherr von Schwarz hat aber die Assistentz verlangt.) Am 19. September sei kein Grund mehr für militärische Assistentzen vorhanden gewesen, aber man habe ja aus dem Munde des Landespräsidenten gehört, daß sie vom Bürgermeister Hribar verlangt worden sei. (Abg. Dr. Triller: Das ist nicht wahr!) Man habe keinen An- laß, die Wahrheit dieser Erklärung anzuzweifeln. (Ab- geordneter Dr. Triller: Audiatur et altera pars.) Dieser zweite Teil werde sich jedenfalls melden. Übrigens treffe den Bürgermeister kein Vorwurf, wenn er militärische Assistentz verlangt habe; er habe doch eine große Verantwortlichkeit getragen und auf die Auto- nomie der Stadt Bedacht nehmen müssen, die gefährdet gewesen wäre, wenn er nicht die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten hätte. Aber er habe die Lage gerade so tragisch aufgefaßt wie der Landespräsident, der sei- nem Verlangen nachgegeben habe. Für den 18. Sep- tember seien allerdings nicht zulängliche Vorkehrungen getroffen worden. Hätte sich der Landespräsident nicht auf die Laibacher Polizei verlassen, so hätte es vielleicht einige eingeschlagene Fensterscheiben gegeben, aber die irregeleitete Menge hätte doch sofort die starke Faust des Gesetzes gefühlt und dann wäre es nicht zu mili- tärlichen Assistentzen gekommen. Der Hauptfehler des Landespräsidenten sei der gewesen, daß er dem Bürger- meister zu sehr Glauben geschenkt, während sich der Bür- germeister zu viel auf seine Sicherheitsorgane verlassen habe. Dem Landespräsidenten werde ein brutales per- sönliches Unrecht zugefügt, wenn man ihn einen Mör- der nenne. — Das bestehende Regierungssystem müsse nicht durch Fenstereinschlagen und durch Schimpfen, sondern durch systematische, eintrachtige Arbeit bekämpft werden. Dieser Kampf müsse sich in den verfassungs- mäßigen Grenzen bewegen und die kulturelle und wirt- schaftliche Hebung des slovenischen Volkes zum Gegen- stande haben. (Zustimmung.) Man schaffe die Vorbedin- gungen hiefür und dann werde man den deutschen Drang nach der Idria wohl aufzuhalten vermögen. (Lebhafte Beifall.) Die deutsche Großmacht sei durch die französische und englische Politik in die Defensiv- gebirge gedrängt und müsse auf die Erhaltung ihres bisherigen Besitzes sehen. Österreichs Kompaß aber weise gegen den slavischen Süden (Händeklatschen). Hand in Hand mit unserer Dynastie werden wir dahin wirken, daß sich unser Ideal verwirkliche: ein südslavischer Staat unter dem Szepter der habsburgischen Dynastie! (Stürmischer Beifall.) (Fortsetzung folgt.)

— (Der krainische Landtag) erledigte vorgestern die Reorganisation der landschaftlichen Ämter, ernannte in geheimer Sitzung Herrn Oberlandesrat Matthias Za- mida zum Direktor, Herrn Landesrat Dr. Franz Bäs- nik zum Subdirektor der landschaftlichen Ämter sowie Herrn Landesbaurat Anton Kliner zum Landesober- baurat und verlieh dem gewesenen Landeshauptmann Herrn Otto Edlen von Detela eine jährliche Ehrengabe von 4000 K. In öffentlicher Sitzung wurde die Errichtung eines Gewerbebeförderungsdienstes beschlossen, einige Stra- ãenangelegenheiten erledigt und die Einhebung von Um- lagen in der Stadtgemeinde Gottschee, in den Steuer- gemeinden Jasen und Vrbovo, weiters in Stara Brhinita, in der Stadtgemeinde Rudolfswert, in der Ortsgemeinde Obergraf bewilligt, ferner eine Petition des Landesfeuer- wehrverbandes für Krain erledigt und dem Elisabeth- Frauenospitale in Rudolfswert das Öffentlichkeitsrecht zu- erkannt. Eine längere Debatte entspann sich über den Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Dr. Kref, betreffend die Annexion Bosniens und der Herzegovina; zum Gegen- stande sprachen die Abgeordneten Dr. Kref, Dr. Tril- ler, Dr. Sustersic, Freiherr von Schweigel und Dr. Tavcar. Hierauf wurde der Landtag über Aller- höchsten Auftrag vertagt.

— (Pauschalierung der Abgeordnetenlöhne.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll demnächst im Abgeordnetenhaus von verschiedenen Parteien der Antrag auf Pauschalierung der Abgeordnetenlöhne eingebracht werden. Die Bezüge der Abgeordneten sollen auf 6000 K jährlich festgelegt werden, die der fünf Vizepräsidenten auf je 12.000 bis 15.000 K und des Präsidenten auf 20.000 bis 30.000 Kronen.

— (Titelverleihung.) Seine Majestät der Kaiser hat dem Landesgerichtsrat und Bezirksgerichtsvorsteher Ernst Ferk in Radmannsdorf aus Anlaß der von ihm erbetenen Veretzung in den dauernden Ruhestand den Titel eines Oberlandesgerichtsrates verliehen.

— (Ernennungen im Postdienste.) Ernannet werden: zum Postoberkommissär der Postkommissär Dr. Johann

Sejko, zum Postsekretär Richard Marignoni und zu Postkontrolloren die Oberoffiziale Gabriel Lindner, Gregor Parsa und Ferdinand Scarpa, alle in Triest.

— (Vom Postdienste.) Seine Exzellenz der Leiter des Handelsministeriums hat den Postkontrollor Matthäus Bogacnik in Triest zum Oberpostkontrollor in Abbazia ernannt.

— (Vom Staatsbahndienste.) Versetzt werden: Franz Grünwald, Bahnsekretär beim Grundeinlösungsbureau Kfling, zur Trassierungsabteilung Rudolfswert; Anton Weber, Assistent und Vorstand des Bahnstationsamtes Neumarkt, zum Bahnbetriebsamt Kfling; August Seme, Assistent beim Bahnbetriebsamt Kfling, zur Direktions- abteilung 7; Stanislaus Legat, Volontär beim Bahn- stationsamte Laibach-Unterkrainer Bahnen, zum Bahn- stationsamte Vizmarje, unter gleichzeitiger Ernennung zum Beamtenaspiranten. In den Staatsbahndienst treten als Volontäre ein: Jakob Kozelj, beim Bahnstations- amte Lece und Adolf Kogovsek, beim Bahnstations- amte Stein.

— (Erledigte Wachmannstellen.) Bei der städtischen Sicherheitswache in Laibach gelangen mehrere Wachmann- stellen, vorläufig in provisorischer Eigenschaft und mit dem Anrechte auf Abancement, zur Besetzung. Berücksichtigt werden nur solche intelligente, gesunde und kräftige Reser- vantanten, die beim Militär einen Chargengrad erreicht haben.

— (Der Unterstützungsverein für slovenische Schrift- steller) hält heute abends um 8 Uhr im „Narodni Dom“ seine ordentliche Hauptversammlung mit der üblichen Tagesordnung ab.

* (Ernennungen im Fachschuldienste.) Seine Exzel- lenz der Herr Leiter des k. l. Ministeriums für öffent- liche Arbeiten hat die Werkmeister, bekleidet mit dem Titel Fachlehrer, Herren Josef Ganslmayer und Josef Tratnik, ersterer an der Fachschule für Holz- bearbeitung in Gottschee und letzterer an der kunst- gewerblichen Fachschule in Laibach, zu Fachlehrern in der zehnten Rangklasse mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Jänner 1909 auf ihren gegenwärtigen Dienstposten ernannt.

* (Aus dem Volksschuldienste.) Der k. l. Stadtschul- rat in Laibach hat an Stelle des krankheitshalber be-urlaubten Oberlehrers Herrn Leopold Armic die ge- prüfte Aushilfslehrerin Fräulein Julie Toplikar zur Supplentin an der dritten städtischen Knaben- volksschule in Laibach bestellt.

* (Gewerbliche Fortbildungsschule in Mannsburg.) Der Herr k. l. Landespräsident hat den k. l. Bezirks- kommissär in Stein Herrn Dr. Leopold Zuzek zum Vertreter der Unterrichtsverwaltung im Schulausschuße der neuerrichteten gewerblichen Fortbildungsschule in Mannsburg für die Funktionsperiode 1909 bis inclu- sive 1911 zu ernennen gefunden.

— (Militärisches.) Reserveoffiziere und Reserve- mannschaften, welche die Waffenübung als fahrende Ordon- nanzoffiziere (-Unteroffiziere), bzw. als Radfahrer, bei einem höheren Kommando mit ihren Motorfahrzeugen ableisten wollen, haben bezügliche Anmeldungen jähr- lich bis Ende Februar den Ergänzungsbezirkskomman- den zu erstatten. In diesen schriftlichen oder mündlichen Anmeldungen ist die Type und die Leistungsfähigkeit des Motorfahrzeuges zu spezifizieren und bei Personen- automobilen noch anzugeben, ob der mitzubringende Chauffeur dem Reservestande des Heeres oder der Land- wehr angehört. Die Ergänzungsbezirkskommanden haben die bezüglichen Eingaben unter Beisluß schriftlicher Anmeldungen bis Mitte März den Territorialkomman- den einzusenden; letztere legen sie gesammelt bis Ende März jedes Jahres dem Reichskriegsministerium vor. Leere Eingaben entfallen. Die Transportauslagen für die Chauffeure und Motorfahrzeuge sowie die Kosten der Verpflegung der Chauffeure trägt das Militärärar; für die Abnutzung wird für jeden Tag der Verwendung eine Entschädigung von 30 K per Automobil und von 6 K per Motorrad geleistet. Die Ergänzungsbezirks- kommanden haben wegen Verlautbarung dieser Ver- fügung das Erforderliche zu veranlassen.

* (Mitteilungen aus der Praxis.) Wurde einem mit der zollamtlichen Warenkontrolle auf der Eisen- bahn betrauten und von der letzteren unentgeltlich zu befördernden Finanzwachorgane, welches von der Bahn nach Art. 5 des Gesetzes vom 20. Juli 1894, R. G. Bl. Nr. 168, gegen Unfall versichert wurde, der ihm durch einen Betriebsunfall zugefügte Schaden mit einer Un- fallsrente vergütet, so sieht ihm, abgesehen von der im Art. 7, Absatz 4, dieses Gesetzes bestimmten Ausnahme, ein weitergehender Schadenersatzanspruch, insbesondere ein Anspruch auf Schmerzensgeld nicht zu; dies gilt selbst dann, wenn das Finanzwachorgan den Unfall nicht anlässlich einer nur zu Zollrevisionen, sondern zur Vor- nahme anderer Amtshandlungen unternommenen Dienstreise erlitten hat.

— (Hymen.) Am 16. d. M. fand in der Kapitel- und Stadtpfarrkirche in Rudolfswert die Trauung des Herrn Landesregierungs-Konzeptpraktikanten Gustav Golia mit Frä. Ottilie Edlen von Fichtenau statt. H.

— (Bestirnwesfel.) Herr Bezirksrichter Dr. Viktor Hahizh in Rudolfswert hat die Realität von den Erben nach dem verstorbenen Hauptmann i. R. Lehman in Rudolfswert im öffentlichen Versteigerungswege um den Betrag von 21.000 K erstanden. H.

Theater, Kunst und Literatur.

(Slovenisches Theater.) Vorgestern wurde das fünftakte Schauspiel „Simone“ zum erstenmale gegeben.

(Deutsche Bühne.) Die gestrige Wiederholung von Ziehrers melodischer, lustiger Operette „Liebeswalzer“ fand neuerlich vor gänzlich ausverkauftem Hause statt.

Telegramme

des I. I. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

Dax, 16. Jänner. Bei Ruhoo stießen zwei Eisenbahnzüge zusammen, wobei, wie bis jetzt bekannt, zwei Passagiere den Tod fanden und ein Zugführer, ein Heizer und vier Passagiere schwer verletzt wurden.

Messina, 17. Jänner. In der vergangenen Nacht wurden mehrere Erdstöße wahrgenommen. Einige Mauern sind eingestürzt. Das Wetter ist regnerisch. Auf der Piazza Cairoli werden die Geschäfte allmählich wieder eröffnet.

Rom, 17. Jänner. General Mazza richtete aus Messina an den Ministerpräsidenten Giolitti folgendes Telegramm: „Die vom Arbeitsministerium entsendete Kommission zur Prüfung der Maßnahmen für die Wiederherstellung des Hafens ist hier eingetroffen.“

Verantwortlicher Redakteur: Anton Funke I.

Verstorbene.

Am 13. Jänner. Veronika Kosir, Oberheizerstochter, 1 J., Petersstraße 101, Morbilli.

Am 15. Jänner. Bohuslava Kos, Schuhmacherstochter, 2 J., Floriansgasse 13, Bronchitis capillaris. Paula Sterl, Lederhändlerstochter, 26 J., Karlstädterstraße 11, Lungentuberkulose. — Silvester Rannkar, Amtsdienersohn, 16 Tage, Kaiser Josephplatz 1, Debilitas vitae.

Landestheater in Laibach.

62. Vorstellung. Gerader Tag. Montag, den 18. Jänner: Zum siebentenmal: Die Förster-Christl. Operette in drei Akten von Bernhard Buchbinder. — Musik von Georg Zarbo.

Lottoziehungen am 16. Jänner 1909.

Table with 5 columns: Linz, Trieste, and numbers. Linz: 53, 15, 19, 61, 4. Trieste: 25, 28, 63, 52, 18.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Jänner, Zeit der Beobachtung, Barometerstand, Lufttemperatur, Wind, Ansicht des Himmels, Niederschlag. Rows for 16, 17, and 18 Jänner.

Das Tagesmittel der Temperatur vom Samstag beträgt 4.5°, Normale -2.5°, vom Sonntag 0.3°, Normale -2.5°.

Seismische Berichte und Beobachtungen der Laibacher Erdbebenwarte

(gegründet von der Krain. Sparskassa 1897.) (Ort: Gebäude der I. I. Staats-Oberrealschule.) Lage: Nördl. Breite 46° 03'; Östl. Länge von Greenwich 14° 31'.

Bebenberichte* Am 4. Jänner gegen 4 Uhr leichter Erdstoß in Pontassieve (Kreuzen). — Am 12. Jänner gegen 13 Uhr Erschütterung II. Grades in Catania, verzeichnet zu Mineo. Am 13. Jänner gegen 4 Uhr 45 Min. Aufzeichnungen in Catania.

Bodenunruhe am 17. und 18. Jänner: ** 12-Sekundenpendel «sehr schwach» bis «schwach», an den beiden kurzperiodischen Pendeln «mäßig stark».

Angekommene Fremde.

Hotel Elefant. Am 16. Jänner. Kern, Forstmeister, Oberloitsch. — Schaffer, Priv., Sittich. — Bernet, Kfm., Genf. — Schwarz, Kfm., Szegedin. — Huber v. Drona, Forstmeister, Eindö. — Pilon samt Familie, Priv., Udine. — Fleischner, Kfm., Großkanizsa. Jonke, Bürgermeist., Obermölz. — Kont, Kfm., Budapest. — Frankenhof, Horpaly, Kfste., Prag. — Mikodem, Schwarz, Kfste., Graz. — Blajer, Bohdalek, Bajch, Pollak Karl f. Frau, Pollak Sigm., Hillmann, Dietrich, Frankfurt, Baumann, Jonas, Kormes, Böhm, Fischer, Settmacher, Müller, Rajchka, Arnold, Goebel, Apfelgrün, Bedl, Torboli, Kfste.; Pattera, Beamter; Förster f. Frau, Jng., Wien. — Eger, Fabriksbes., Eisern. — Prodan, Priv., Pola. — Planinec f. Frau, Triest.

Holzpipen

Jeder Art liefert billigst Drechslerei Al. Tvardik, Hořio. (191) Vertreter gesucht. 2-1

Jeannette Nebel geb. Achtschin gibt im eigenen sowie im Namen ihrer Kinder allen Verwandten, Freunden und Bekannten die tiefbetäubende Nachricht, daß ihr innigstgeliebter Gemahl, bezw. Vater, Großvater und Bruder, Herr

Anton Nebel

I. I. Steueroberinspektor i. R.

heute 1/6 Uhr abends nach langem und schweren Leiden im 69. Lebensjahre, versehen mit den Tröstungen der heiligen Religion, selig im Herrn entschlafen ist.

Die irdische Hülle des teuren Verbliebenen wird Montag, den 18. d. M., um 11 Uhr vormittags im Trauerhause Deutsche Gasse Nr. 7 feierlich eingelegt, sodann nach Bischofslad überführt und am selben Tage um 4 Uhr nachmittags zur letzten Ruhe beigelegt.

Die heil. Seelenmessen werden in der Domkirche und in der Pfarrkirche zu Bischofslad gelesen werden.

Laibach, am 16. Jänner 1909.

Im Sinne des Verstorbenen werden die Kranzspenden dankend abgelehnt.

Beerdigungsanstalt Fr. Doberlet.

Kurse an der Wiener Börse (nach dem offiziellen Kursblatte) vom 16. Jänner 1909.

Die notierten Kurse verstehen sich in Kronenwährung. Die Notierung sämtlicher Aktien und der «Börsen Lose» versteht sich per Stück.

Large table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for Allgemeine Staatsschuld, Eisenbahn-Staatsanleihen, and various bank notes.

Advertisement for J. C. Mayer Bank- und Wechselgeschäft, Laibach, Stritarasse. Includes text about Ein- und Verkauf von Renten, Pfandbriefen, Prioritäten, Aktien, Losen etc., and Privat-Depots (Safe-Deposits).